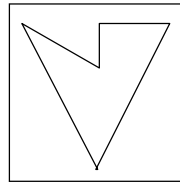


VERBAND ÖSTERREICHISCHER



VOLKSHOCHSCHULEN

1020 Wien, Weintraubengasse 13
tel: +43-1-216 42 26, 216 91 56
fax: +43-1-214 38 91
e-mail: voev@vhs.or.at

Verband Österreichischer Volkshochschulen

**Stellungnahme zum
Memorandum über Lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission
(2001)**

Der Verband Österreichischer Volkshochschulen begrüßt die Veröffentlichung des oben erwähnten Memorandums der Europäischen Kommission – in der die zentrale Bedeutung von Bildung zum Ausdruck kommt – und vor allem die damit verbundene Anregung, auf nationaler Ebene über Weiterbildung zu diskutieren. Daher begrüßen wir im Besonderen die Initiativen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Initiierung, Förderung und Organisierung dieses österreichweiten Diskussionsprozesses. Dies umso mehr, als das „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ eine Reihe sehr diskussionswürdiger und auch die Kritik herausfordernder Punkte enthält.

Bei den zu monierenden Punkten des „Memorandums“ handelt es sich um explizite Ausführungen ebenso wie um implizite Annahmen und Voraussetzungen, die jedoch an keiner Stelle deutlich gemacht werden.

Wir ergänzen den Begriff Weiterbildung bewusst um **Erwachsenenbildung**, da lebensbegleitendes Lernen keineswegs nur berufliche Weiterbildung, mit dem dieser Begriff *hierzulande* verbunden ist, betrifft.

Das „Memorandum“ verwendet einen Begriff von Weiterbildung/Erwachsenenbildung, bei dem nicht klar wird, wie er in die derzeitigen **Strukturen** und die **Sektoren des Bildungssystems** einzufügen ist. Wird Weiterbildung/Erwachsenenbildung auf alle Sektoren des Bildungssystems bezogen oder auf die Weiterbildung/Erwachsenenbildung im engeren Sinn, als dem Bereich *nach* der Erstausbildung? Auch wenn in der Erstausbildung zukünftiges Lernverhalten Erwachsener mitbestimmt wird, wenn Basisqualifikationen bzw. Basiskompetenzen im schulischen Lernumfeld ihre erste Grundlage finden, bezieht sich lebensbegleitendes Lernen in erster Linie auf nachschulische Bildungsprozesse. Weiterbildung/Erwachsenenbildung ist im Vergleich mit den anderen Sektoren des Bildungssystems in Österreich extrem unterdotiert und weit weniger ausgebaut, inhaltlich-methodisch unterscheidet bzw. sollte sie sich von den anderen Sektoren des Bildungssystems grundlegend unterscheiden. Ein „Memorandum zum Lebenslangen Lernen“ hat sinnvollerweise seinen Schwerpunkt auf Weiterbildung/Erwachsenenbildung im engeren Sinn zu legen und weniger auf den Schulsektor, was auch deutlich zu machen ist.

Die synonyme Verwendung von **Bildung und Lernen** könnte zu dem Missverständnis führen, beide wären das Gleiche. Lernen ist zwar ein Teil von Bildung, die allerdings in keinem Fall auf Lernen zu reduzieren und vom Begriffsverständnis her weit umfangreicher ist. Bildung zielt auf den ganzen Menschen, seine kognitiven Fähigkeiten ebenso wie seine sozialen und emotionalen und hat die Entfaltung *des Menschen in der Gesellschaft* und damit auch *die Gesellschaft selbst* zum Ziel. Daher ist auch die Gesellschaft, in der sich Bildungsprozesse vollziehen, in ihrer Widersprüchlichkeit und mit ihren Interessensgegensätzen zu thematisieren und zumindest ansatzweise zu definieren. Mit Begriffen wie Lern- und Wissensgesellschaften erfolgt dies nicht hinreichend.

Positiv ist anzumerken, dass an einigen Stellen des Memorandums gesellschaftliche Zielvorstellungen zumindest anklingen. Zum Beispiel, wenn darauf hingewiesen wird, dass Lernen *für alle* möglich sein soll oder dass lebensbegleitende Weiterbildung/Erwachsenenbildung auch zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, zum sozialen Zusammenhalt, zu sozialer Integration und zur Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger beitragen soll.

Über **Finanzierung von Bildung** wird zu wenig Konkretes ausgesagt. Im Gegensatz zu den anderen Bereichen des Bildungssystems erfolgt die Finanzierung der Weiterbildung/Erwachsenenbildung zu einem guten Teil durch die Teilnehmer/innen selbst. Aber eben nur zu einem guten Teil. Da die Nutznießer von Bildung niemals nur die Individuen sind, sondern sich eine funktionierende Gesellschaft auf die Bildung ihrer Mitglieder stützt und keine Demokratie ohne Bildung auskommt, kann der andere Teil nur öffentlich finanziert werden. Dort wo die Wirtschaft von Weiterbildung/Erwachsenenbildung Nutzen zieht, hat auch sie Entsprechendes zu ihrer Finanzierung zu leisten. Bei der Finanzierung durch die öffentliche Hand haben sich in der Praxis im Wesentlichen zwei Bereiche herausgebildet und bewährt:

- die Förderung von Trägern gemeinnütziger Erwachsenenbildungsorganisationen und
- die individuelle Förderung von Teilnehmer/innen an Bildungsangeboten.

Beide Bereiche machen Sinn, aber nur dann, wenn dabei nicht *ein* Bereich – eventuell zu Gunsten des anderen – unter den Tisch fällt. Von „Trägerförderung“ wird aber im „Memorandum“ nicht gesprochen. Es wird völlig außer Acht gelassen, dass die traditionellen Erwachsenenbildungseinrichtungen bisher Entscheidendes zum lebensbegleitenden Lernen geleistet haben und dass die wichtigsten Innovationen im Erwachsenenbildungsbereich von ihnen ausgegangen sind und ausgehen.

Trotz der Bedeutung und Wichtigkeit von Erwachsenenbildung, die aus dem gesamten „Memorandum“ spricht, wird an keiner Stelle die Gleichberechtigung und **Gleichstellung** von Weiterbildung/Erwachsenenbildung mit den anderen Sektoren im Bildungssystem ins Visier genommen, die sich auch in der materiellen und rechtlichen Ausstattung der Weiterbildung/Erwachsenenbildung niederschlagen müsste. Die Erfahrungen zeigen, dass mit vergleichsweise gering gesteigerter öffentlicher Förderung in der Erwachsenenbildung enorme Resultate zu erzielen sind, dass umgekehrt aber auch die geringsten Kürzungen beim knappen Budget bestehender Förderung zur Zerschlagung von jahrzehntelang aufgebauten Infrastrukturen führen. Diese Basis aber machte erst ein qualitativ hochstehendes, plurales, flexibles, breites, kontinuierliches und flächendeckendes Bildungsangebot möglich.

Mit dem reduzierten Gesellschafts-Begriff des „Memorandums“ hängt direkt auch die völlige Ausblendung der **politischen Bildung** als einem wesentlichen Element der Weiterbil-

dung/Erwachsenenbildung zusammen, das im Hinblick auf Demokratie, auf ihre Vertiefung und Weiterentwicklung ins Auge zu fassen ist. Innerhalb von Weiterbildung/Erwachsenenbildung sollte der demokratischen politischen Bildung, die immer auch kritische Aspekte aufweist, ein eigener und auch materiell dotierter Platz eingeräumt werden.

Dass für die sogenannte „**Wissensgesellschaft**“ keine Ziele formuliert sind und ihre Grundlagen – Demokratie und Sozialstaat – nicht angesprochen werden, ist mit dem unklaren Verständnis von Gesellschaft verknüpft. Wissensgesellschaft wird auch inhaltlich nicht thematisiert und Wissen wäre – so suggeriert es das „Memorandum“ – für beliebige Ziele einzusetzen.

So wie es im „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ explizit zu lesen und an vielen Stellen implizit ausgedrückt ist, läuft die „Wissensgesellschaft“ auf eine Anpassung der Menschen an heteronom gesetzte, vor allem aber ökonomische Ziele hinaus.

Einem völligen Utilitarismus und vor allem einer Instrumentalisierung von Bildung zur Anpassung aber kann sich der Verband Österreichischer Volkshochschulen nicht anschließen.

Dr. Wilhelm Filla, Dr. Anneliese Heilinger
Wien, Juni 2001